

Reformbremse Gymnasium

Das große Hindernis auf dem Weg zur Gemeinschaftsschule

Peter Heyer, Runder Tisch Gemeinschaftsschule

Nicht eines der knapp hundert Berliner Gymnasien hat auf den Aufruf des Berliner Bildungssenators hin sein Interesse bekundet, in einer Pilotphase zu erproben, wie in einer Gemeinschaftsschule erfolgreiches individuelles Lernen und die optimale Förderung jedes einzelnen Kindes gelingen kann. Kein einziges Kollegium eines Berliner Gymnasiums hat in der Weiterentwicklung ihrer Schule zu einer Gemeinschaftsschule eine Chance gesehen, einen Beitrag zur Bewältigung der offenkundigen deutschen Schulmisere zu leisten. Heiliger Sankt Florian! Ablehnung? Desinteresse? Ahnungslosigkeit? Uninformiertheit? Festhalten an ererbten Privilegien? Angst? Was auch immer.

Unter den an den Gymnasien tätigen PädagogInnen sind immerhin knapp 1500 Mitglied der GEW, die seit Langem aus vielen guten Gründen für die Umwandlung des gegliederten Schulsystems in ein inklusives Schulwesen eintritt, die anstelle der verschiedenwertigen Schulen eine Schule für alle will.

Sich den Herausforderungen stellen

Auch wenn Teile der Öffentlichkeit und vor allem nicht wenige Eltern entschieden am heutigen Gymnasium festhalten, sich bestenfalls ein zweigliedriges Schulsystem vorstellen können, Gymnasien und eine weitere Art Oberschulen für den Rest: Das Gymnasium von heute steht mit seinem Anspruch auf eine Sonderrolle in der vordemokratischen Tradition von vorgestern und wird am Umlernen nicht vorbeikommen. Den Herausforderungen einer sich verändernden Gesellschaft wird sich auch das Gymnasium stellen müssen. Von StudienrätInnen und auch von den PolitikerInnen erwarte ich, dass sie ihren Beitrag zu mehr individueller und optimaler schulischer Förderung aller Kinder und Jugendlichen und damit zu mehr Chancengerechtigkeit für alle zu leisten bereit sind.

Worin besteht der elitäre Anspruch des Gymnasiums? Vor allem darin, dass das Gymnasium sich als einzige Schulform die Kinder aussucht, die es unterrichten will die anderen Schulen haben zu nehmen, was übrig bleibt. Darin, dass die PädagogInnen des Gymnasiums entscheiden: Du ja! Du nein! entweder gleich nach dem Probehalbjahr oder später, wann immer die Schule der Meinung ist, dass eine SchülerIn nicht die dem Gymnasium gemäße Leistung erbringt. Für mich besteht der Skandal aber auch darin, dass eine nicht unbeträchtliche Anzahl an GEW-Mitgliedern diese Form des Sortierens immer weiter so hinnimmt. Dass nicht nur viele Eltern, sondern auch viele PädagogInnen es immer weiter rechtens finden, dass die Einen den besseren Bildungsweg bekommen, die Anderen die Zuweisung zum schlechteren. Das ist undemokratisch, unakzeptabel!

Keine Sonderrolle des Gymnasiums

Gymnasien sollten Schulen wie andere auch sein: Schulen, die alle ihre SchülerInnen in ihrer Gesamtentwicklung fördern. Schulen, die alle Kinder, die sich gemeinsam mit ihren Eltern für diesen besonderen gymnasialen Bildungsweg mit seinem gymnasialen Bildungsprogramm entschieden haben, optimal zu welchem Abschluss auch immer zu fördern haben. Es muss vorbei sein mit dieser unwürdigen und unpädagogischen Abschiebep Praxis. Gymnasien dürfen die anderen Schulen nicht mehr als Auffangbecken missbrauchen für jene Kinder, an deren optimaler Bildungsförderung sie selbst offensichtlich gescheitert sind. Alle an den Gymnasien tätigen PädagogInnen haben zu lernen, dass Kinder und Jugendliche auf vielfältige Weise verschieden sind, und müssen ihren Unterricht entsprechend darauf ausrichten. Auch sie müssen lernen, dass eine

Schule nicht dadurch zur guten Schule wird, dass sie sich die besten SchülerInnen aussucht, sondern dadurch, dass sie die aufgenommenen SchülerInnen □ und zwar wirklich alle! □ zu den individuell bestmöglichen Leistungen führt.

Was die GEW tun sollte

Einmal sollte die mitgliederstarke Fachgruppe Gymnasien sich endlich des Themas annehmen und darüber nachdenken, wie die Kollegien der Berliner Gymnasien dafür gewonnen werden können, sich dem Transformationsprozess vom gegliederten Schulwesen zum inklusiven Schulsystem zu öffnen und zu prüfen, welchen Beitrag zu diesem Prozess die Gymnasien leisten können und zu leisten haben.

Zum andern sollte die GEW nachdrücklich gegenüber Bildungssenator und Parlament dafür eintreten, dass im Sinne der Koalitionsvereinbarung umgehend und flächendeckend □ integrative Elemente in unserem Schulsystem gestärkt werden □. Die GEW sollte in diesem Zusammenhang fordern,

- dass die konkrete Umsetzung des schulgesetzlich verankerten Vorrangs des gemeinsamen Unterrichts wirklich in allen Bezirken und an jeder Berliner Schule erfolgt;
- dass die vielfach propagierte Stärkung der sechsjährigen Grundschule kein Lippenbekenntnis bleibt, sondern anhand konkreter Maßnahmen erkennbar wird, u. a. dadurch, dass die 5. und 6. Klassen an Gymnasien auslaufen;
- dass beim Übergang von der Grundschule auf eine Schule des Sekundarbereichs das Probehalbjahr entfällt;
- dass die gymnasialen Oberstufen nicht weiterhin als Teil der Gymnasien und einzelner Gesamtschulen geführt werden, sondern als eigenständige Sekundarstufen II den SchülerInnen aller Schulen der Sekundarstufe I gleichermaßen zugänglich sind und
- dass nicht zuletzt die Reform der Lehrerbildung in Angriff genommen wird; eine Lehrerbildung, die fürs gegliederte Schulsystem ausbildet, wird künftigen Anforderungen nicht gerecht.

Der Artikel ist erschienen in der blz Ausgabe 10/2007
